

SoVD-Tipp: Weniger Bürokratie bei dauerhafter Mobilitätsbeeinträchtigung

Übernahme von Fahrkosten erleichtert

Die Kosten für Krankenfahrten zu ambulanten Behandlungen können seit Jahresbeginn 2019 auch ohne vorherige Genehmigung der Krankenkasse übernommen werden. Darauf weist der SoVD in Niedersachsen hin. Für schwerbehinderte Versicherte mit den Merkzeichen aG (außergewöhnliche Gehbehinderung), Bl (Blindheit) oder H (Hilflosigkeit) sowie für Pflegebedürftige ab Pflegegrad 3 genügt dafür ab sofort bereits die ärztliche Verordnung.

Lediglich beim Pflegegrad 3 wird zusätzlich die dauerhafte Beeinträchtigung der Mobilität geprüft. „Die Gesetzesänderung spart den Betroffenen viel Zeit und bürokratischen Aufwand“, betont Sozialberaterin Katharina Lorenz vom SoVD-Beratungszent-

rum in Hannover. Gerade, wenn es mal schnell gehen musste – etwa bei akuten Notfällen – konnte es für die Versicherten bisher teuer werden: „Fehlte die Genehmigung der Krankenkasse bei Fahrtbeginn, wurden die Fahrkosten nachträglich nicht erstattet“, so Lorenz. Der SoVD begrüße die neue Regelung daher ausdrücklich.

„Sie gilt für alle Fahrten zu ambulanten ärztlichen oder zahnärztlichen Behandlungen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln, privaten Pkw, Mietwagen oder Taxibus durchgeführt werden“, erläutert die Beraterin. Für Fahrten mit einem Krankenwagen besteht dagegen auch weiterhin eine Genehmigungspflicht.

Unverändert gilt, dass Ärzte und Zahnärzte eine Fahrt nur dann verordnen



Einfacher zur ambulanten Behandlung: Die Übernahme der Fahrkosten ist jetzt auch ohne vorherige Genehmigung der Krankenkasse möglich. Foto: PantherMedia / Andriy Popov

dürfen, wenn dafür ein zwingender medizinischer Grund vorliegt. Bei der Entscheidung über das erforderliche Fahrzeug muss das Wirtschaftlichkeitsge-

bot genauso beachtet werden wie der Gesundheitszustand und die Gehfähigkeit des Versicherten.

Bei allen Fragen rund um die Themen Behinde-

rung und Pflege helfen die SoVD-Berater in ganz Niedersachsen. Eine Übersicht über die Beratungszentren finden Sie im Internet unter www.sovd-nds.de.

Barrierefreiheit: Auszeichnung für gute Beispiele geplant

SoVD testet Grundschulen

Vom behindertengerechten Parkplatz bis zum stufenlos erreichbaren Klassenzimmer: Der SoVD in Niedersachsen sucht Grundschulen, die als gute Beispiele in puncto Barrierefreiheit vorangehen. Rund 20 niedersächsische SoVD-Kreisverbände haben dazu Checklisten zur Selbstauskunft an die Grundschulen in ihren Kreisgebieten verschickt. Einrichtungen, die alle Kriterien erfüllen, sollen Anfang Mai im Rahmen einer

landesweiten Aktion ausgezeichnet werden.

„Bei dieser Überprüfung geht es uns nicht darum, Schulen an den Pranger zu stellen“, betont der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer. „Im Gegenteil: Wir wollen Schulen, die bereits Maßnahmen zur Barrierefreiheit umgesetzt haben, unterstützen und als gute Beispiele öffentlich nennen.“ Denn gerade für die schulische Inklusion sei die Barrierefreiheit eine

wichtige Voraussetzung. Die SoVD-Checkliste berücksichtigt die Bedürfnisse von Rollstuhlfahrern genauso wie etwa die von Menschen mit einer Seh- oder Hörbehinderung. Daher wird nicht nur nach Rampen und Aufzügen gefragt, sondern zum Beispiel auch nach einem tastbaren Leitsystem, kontrastreichen Schildern mit gut lesbarer Schrift und einem Pausensignal, das sowohl akustisch als auch visuell wahrnehmbar ist.

„Mit unserer Auszeichnung ‚Ein gutes Beispiel für Barrierefreiheit‘ können die Schulen gegenüber Schülerinnen, Schülern und Eltern ihre Offenheit und Bestrebungen in Richtung Barrierefreiheit signalisieren“, so Bauer weiter.

Die offizielle Preisverleihung soll am 6. Mai landesweit in allen ausgewählten Grundschulen stattfinden – anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.



Ohne Hürden gemeinsam lernen und lachen: Die Barrierefreiheit ist eine wichtige Voraussetzung für die schulische Inklusion. Foto: Adobe Stock / Joanna Jablonska

Bedingungsloses Grundeinkommen

SoVD holt Debatte an die Uni Lüneburg



Kontroverse Positionen: Hannelore Buls (am Mikrophon) vom SoVD-Landesfrauenausschuss und Mitdiskutanten in Lüneburg. Foto: Norbert Buls

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist in aller Munde. Doch ist die Idee wirklich sozial gerecht? Darüber diskutierten Studierende und Experten bei einer gemeinsamen Veranstaltung des SoVD und der Leuphana Universität Lüneburg.

Die Positionen waren kontrovers: Oliver Scheithe von der Lüneburger Bürgerinitiative zum BGE sprach pauschal von einem Menschenrecht, wäh-

rend Andrea Amri-Henkel, Doktorandin an der Leuphana Uni, den Fokus mehr auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern lenkte. Statt eines BGE forderte Hannelore Buls vom SoVD-Landesfrauenausschuss, bestehende Sozialleistungen weiterzuentwickeln, zu stärken und wo nötig zu reformieren. Mehr als 200 Studierende verfolgten die Veranstaltung und beteiligten sich aktiv.

Unterstützung für Bahnreisende mit Behinderung

Deutsche Bahn bleibt zentraler Ansprechpartner



Bahnreisende mit Behinderung können aufatmen: Entgegen früherer Ankündigungen organisiert die Deutsche Bahn auch weiterhin alle nötigen Hilfestellungen – egal, zu welchem Unternehmen der Zug gehört. Foto: SoVD

Menschen mit Behinderung brauchen bei Bahnreisen oft Unterstützung – etwa wenn sie im Rollstuhl sitzen oder blind sind. Die Mobilitätsservice-Zentrale (MSZ) der Deutschen Bahn (DB) dient in solchen Fällen als zentraler Ansprechpartner und leistet kostenfreie Hilfestellungen – auch für Kunden anderer Eisenbahnunternehmen. Doch aus Kostengründen sollte damit ab Februar Schluss sein. Der SoVD in Niedersachsen protestierte. Jetzt hat die DB eingelenkt.

Ohne zentralen Ansprechpartner kann es für Bahnreisende mit Behinderung insbesondere dann kompliziert werden, wenn sie nicht nur mit der DB, sondern auch mit privaten Eisenbahngesellschaften unterwegs sind: Sie müssten dann bei jedem Unternehmen einzeln anrufen. „Das wäre ein enormer Rückschritt in puncto Teilhabe und Mobilität“, betont der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer.

Die DB hat das Angebot bislang kostenlos für alle

Eisenbahngesellschaften organisiert, will jetzt aber eine gerechte Kostenteilung der beteiligten Unternehmen erreichen. Dazu hat die DB nach eigenen Angaben allen Partnern einen Vertrag angeboten, um den Service für mobilitätseingeschränkte Reisende weiterhin aus einer Hand zu organisieren. Doch die niedersächsischen Unternehmen reagieren zögerlich. Einige Privatbahnen wollen den Service für ihre Kunden künftig eigenständig organisieren, teilt die DB mit. Sie versuche aber weiterhin, diese Unternehmen mit ins Boot zu holen. Bis zum Abschluss der Gespräche will die DB den Service nun doch wie bisher für die Kunden aller Eisenbahngesellschaften sicherstellen.

SoVD-Chef Bauer fordert die privaten Eisenbahnunternehmen in Niedersachsen dringend auf, sich an der MSZ zu beteiligen. „Wenn sich die Unternehmen nicht bewegen, ist die Politik gefragt. Sie muss entsprechend Druck machen. Schließlich ist eine zentrale Anlaufstelle auch in der entsprechenden EU-Verordnung vorgesehen“, so Bauer.

SoVD in Oldenburg unterstützt „Respekt-Rente“

Hilfe gegen Altersarmut



Mehr Geld im Portemonnaie: Die „Respekt-Rente“ könnte es möglich machen. Foto: Fotolia / Alexander Rath

Wenn die angekündigte „Respekt-Rente“ kommt, werden davon etwa 40.000 Menschen im Bereich der Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen profitieren. „Wir begrüßen eine solche Rente, um der Altersarmut zu begegnen“, sagt Jörg-Christian Hülper, Leiter des SoVD-Regionalbereichs Oldenburg. „Wir müssen aber die grundsätzlichen Probleme der Rente

lösen, um die steigenden Ausgaben für Mieten oder Gesundheit aufzufangen.“

Die beste Vorsorge gegen Altersarmut oder niedrige Renten seien auskömmliche Löhne und sichere Beschäftigungsverhältnisse, betont Hülper.

Von der „Respekt-Rente“ könnten Menschen in Oldenburg und im Bremer Raum profitieren, die 35 Jahre lang gearbeitet ha-

ben und dabei nur geringe Verdienste erzielen konnten. Das betrifft Bestandsrentner, die heute eine ausgezahlte Rente von 1.000 Euro oder weniger erhalten. Künftig käme die neue Rente denjenigen zugute, die im Durchschnitt weniger als 2.000 Euro brutto verdienen und eine Bruttorente von etwa 720 Euro erwarten.

„Die ‚Respekt-Rente‘ hilft denen, die sonst trotz Rente auf Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe angewiesen wären“, so Hülper. Zugleich gibt er zu bedenken: „Angesichts einer zurückgehenden Konjunktur und sinkender Einnahmen der Rentenkassen sollte die Politik jetzt berücksichtigen: Höhere Löhne und die Ausweitung der gesetzlichen Rente als Bürgerversicherung könnten langfristig helfen.“

Landesverbandstagung 2019

Tagesordnung

Die 20. Landesverbandstagung des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e.V. findet am 15. und 16. Juni 2019 im H4 Hotel Hannover Messe (Laatzen) statt.

Plenarsitzung Teil I: Berichte

Feststellen der Anwesenheit

Ehrung der Verstorbenen

1. Genehmigung der Geschäfts- und Wahlordnung
1.1 Genehmigung der Tagesordnung

2. Wahl des Protokollführers

3. Bestätigung der Kommissionen
3.1 Organisations- und Satzungskommission
3.2 Sozial-, frauen- und familienpolitische Kommission
3.3 Wahlkommission

4. Berichterstattungen

- 4.1 Vorstandsbericht
- 4.2 Sozialpolitischer Bericht
- 4.3 Frauen- und familienpolitischer Bericht
- 4.4 Jugendpolitischer Bericht
- 4.5 Geschäftsbericht
- 4.6 Finanzbericht

5. Revisionsbericht

6. Aussprache zu den Berichten

7. Entlastung des Vorstandes

8. Wahl eines Wahlleiters

Plenarsitzung Teil II: Wahlen

9. Bericht der Wahlkommission

10. Wahlen

- 10.1 Landesvorsitzende/r
- 10.2 Zwei stellvertretende Landesvorsitzende
- 10.3 Landesschatzmeister/-in
- 10.4 Sprecherin der Frauen des Landesverbandes
- 10.5 Schriftführer/-in
- 10.6 Vier BZA-Sprecher/-innen bzw. stellvertretende BZA-Sprecher/-innen
- 10.7 Elf Beisitzer/-innen entsprechend der Vorschläge der BZAen
- 10.8 Vier Revisoren/-innen sowie eine/n 1., 2., 3., 4. Vertreter/-in
- 10.9 Ein/e Vorsitzende/r und zwei Beisitzer/-innen der Landesschiedsstelle sowie drei Stellvertreter/-innen
- 10.10 Delegierte und Ersatzdelegierte zur Bundesverbandstagung

Plenarsitzung Teil III: Anträge

11. Bericht der Kommissionen und Beschlussfassung über die Anträge

- 11.1 Organisations- und Satzungsanträge
- 11.2 Sozialpolitische Anträge
- 11.3 Frauen- und familienpolitische Anträge

12. Resolution

13. Ehrung der aus dem Landesvorstand, den Ausschüssen und Gremien ausscheidenden Mitglieder

14. Schlussansprache

Wesermarsch: Geburtsklinik in Nordenham vor dem Aus SoVD kritisiert Schließung



Wohin zur Geburt? Schwangeren aus der Wesermarsch stehen bald lange Wege bevor. Foto: Fotolia / Leonid Dedukh

Noch vor einem Jahr hatte die damalige Geschäftsführung der Helios-Klinik Wesermarsch öffentlich erklärt, dass sie zur Geburtsklinik am Standort Nordenham stehe. Doch nun steht das Aus bevor. „Hier wird die Wirtschaftlichkeit auf dem Rücken von jungen Familien ausgetragen, die nun fast 40 Kilometer fahren müssen, um ihre Kinder zur Welt zu bringen“, kritisiert Jürgen Bley, Vorsitzender des

SoVD-Kreisverbands Wesermarsch.

Per Gesetz will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn die „grundversorgende und wohnortnahe Patientenversorgung“ verbessern. Doch wenn die Geburtenstation der Helios-Klinik in Nordenham geschlossen wird, leidet die gesundheitliche Versorgung in der Wesermarsch.

„Eine derart patientenferne Entscheidung bedeutet für schwangere Frauen,

dass sie jetzt nach Varel oder Bremerhaven fahren müssen, um dort zu entbinden und bei der Geburt betreut zu werden – auch im Notfall“, sagt Bley.

Erst vor rund einem Jahr hatte die Klinikleitung die bis dahin freiberuflichen Hebammen in Nordenham als Teilzeitangestellte eingestellt. Damals hieß es noch, man wolle ein Zeichen setzen und den Versorgungsauftrag auch in Zukunft erfüllen, während Geburtshilfestationen andernorts gerade in kleineren Krankenhäusern in strukturschwachen Regionen geschlossen würden.

„Wir verstehen die Entscheidung nicht. Das angekündigte Ende steht im Widerspruch zu den politischen Zielen, die wohnortnahe Grundversorgung auch auf dem Land zu verbessern“, so Bley. „Und wo bitte geht es schließlich mehr um die Grundversorgung als bei der Geburt?“, fragt der SoVD-Kreisvorsitzende.

Kreisverband Emsland feiert 100 Jahre Frauen im SoVD

Gleichberechtigung ist noch immer nicht erreicht



Farbe bekennen für eine gerechte Mütterrente: Die SoVD-Frauensprecherinnen und ihre Stellvertreterinnen aus dem Emsland nutzten die Jubiläumsfeier in Meppen für eine Fotoaktion mit klarer Botschaft. Foto: Heinrich Schepers

Seit 100 Jahren setzen sich Frauen im SoVD erfolgreich für ihre Rechte ein. Rund 380 Frauen aus dem Emsland haben dieses Jubiläum jetzt in Meppen gefeiert. SoVD-Kreisfrauensprecherin und Gastgeberin Annemarie Hunfeld betonte, wie wichtig es auch heute noch sei, für die Gleichberechtigung einzutreten.

Als Gastredner traten unter anderem der emsländi-

sche SoVD-Kreisvorsitzende Bernhard Sackarendt, Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack, Landesfrauensprecherin Roswitha Reiß und der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer auf. Sie alle machten deutlich, dass die Gleichberechtigung noch immer nicht vollständig erreicht ist, und forderten die Frauen gleichzeitig auf, auch weiterhin nicht lockerzulassen. „Wir brauchen vol-

le Gleichberechtigung und Teilhabe von Frauen in der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, einfach in allen Feldern der Gesellschaft“, mahnte Bauer.

Grußworte gab es auch von Marc-André Burgdorf, Kreisrat des Landkreises Emsland, und Meppens Bürgermeister Helmut Knurbein. Beide lobten den Einsatz der SoVD-Frauen und hoben dessen Wert für die Gesellschaft hervor.

SoVD im Heidekreis auf Rathaus-Tour Besuch in Munster



Zu Gast bei Munsters Bürgermeisterin Christina Fleckenstein (links): SoVD-Kreisfrauensprecherin Annette Krämer und der Vorsitzende des SoVD im Heidekreis Jürgen Hestermann. Foto: Klaus Müller

Der SoVD im Heidekreis hat sich mit der Munsteraner Bürgermeisterin Christina Fleckenstein zu einem Gedankenaustausch getroffen. Kreisfrauensprecherin Annette Krämer und der SoVD-Kreisvorsitzende Jürgen Hestermann waren beeindruckt, wie viel die Stadt im sozialen Bereich unternimmt.

Die Bürgermeisterin berichtete über die vielfältigen Bemühungen der Stadt, für mehr Barrierefreiheit zu sorgen. Das fängt in Munster schon im Rathaus an, wo dank barrierefreiem Zugang und Fahrstuhl jedes Büro auch von Rollstuhlfahrern

erreicht werden kann. „Gleich zwei Mitarbeiterinnen kümmern sich in der Stadtverwaltung um soziale Themen“, so Fleckenstein. In der Kernstadt lässt die Bürgermeisterin verstärkt Parkkontrollen durchführen und – wenn nötig – Knöllchen verteilen. Beim SoVD stieß das auf Zustimmung: „Wie oft haben wir schon Fahrzeugführer getroffen, die auf einem ausgewiesenen Behindertenparkplatz stehen. Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis“, bekannte Hestermann.

Auch künftig wollen der SoVD und die Stadt Munster bei gemeinsamen Themen im Gespräch bleiben.



Ehrung für Dirk Toepffer

Der SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt hat den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Niedersächsischen Landtag Dirk Toepffer (2. von rechts) für zehn Jahre Mitgliedschaft im SoVD geehrt. Die SoVD-Kreisverbandsvorsitzende Ingeborg Saffe (rechts) lobte Toepffer in ihrer Ansprache als verlässlichen Ansprechpartner des SoVD-Landesverbands Niedersachsen wie auch des SoVD-Kreisverbands Hannover-Stadt. Neben Saffe nahmen auch die 2. Kreisverbandsvorsitzende Petra Stittgen (2. von links), die ehemalige Kreisverbandsvorsitzende Ursula Pöhler (Mitte) sowie Knut Böhme (links) als Mitglied der Verbandsversammlung der Paritäten an der Ehrung teil. Toepffer berichtete über die vielen Aufgaben im Landtag und die gute Zusammenarbeit der Regierungsparteien. Foto: Manfred Brüb

Behindertensportler des Jahres 2019**Alexander Budde holt die begehrte Auszeichnung**

Glücklicher Sieger: Rollstuhlbasketballer Alexander Budde mit (von links) BSN-Präsident Karl Finke, Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil und Ex-Boxweltmeister Henry Maske. Foto: Volker Minkus

Der Behinderten-Sportverband Niedersachsen (BSN) hat den 18-jährigen Rollstuhlbasketballer Alexander Budde im Rahmen einer festlichen Gala im GOP-Varieté Hanover zum Behindertensportler des Jahres 2019 gekürt.

Im Beisein des niedersächsischen Ministerprä-

sidenten und Schirmherrn der Gala Stephan Weil hob BSN-Präsident Karl Finke die Bedeutung dieses Titels hervor: „Alexander Budde wird heute stellvertretend für alle geehrt, die nicht nur Erfolge feiern. Sie müssen auf dem Weg zu diesen Erfolgen auch eine übergroße mentale Kraft aufbringen,

um sich Tag für Tag zu neuen Spitzenleistungen zu motivieren.“ Und auch der Laudator und frühere Boxweltmeister Henry Maske betonte: „Wir setzen uns sowohl körperlich als auch geistig mit einer für uns ganz besonderen Sache so hingebungsvoll, oft sehr quälend, überaus schweißtreibend, ständig im Detail wiederholend – und das oft schon seit frühester Kindheit – auseinander.“

Mit insgesamt neun Einheiten pro Woche und zahlreichen Lehrgängen hat Budde es mit der U22-Nationalmannschaft zu seinem bisher größten Erfolg, der Silbermedaille bei den Europameisterschaften, gebracht. Er spielt beim Team von Hannover United, das der SoVD in Niedersachsen seit vielen Jahren unterstützt.

Migranten in Osnabrück**SoVD setzt sich für Integration ein**

Auf Tuchfühlung: Ismail Özpolat (Mitte) mit Tochter Seda, Frauensprecherin im SoVD-Ortsverband Osnabrück-Schinkel, und Mustafa Keskin, dem Vertreter des Alevitischen Kulturzentrums Osnabrück. Foto: Gerd Groskurt

Der SoVD im Osnabrücker Land will einen Beitrag zur Integration von Menschen mit Wurzeln in anderen Ländern leisten. Diese Aufgabe hat Ismail Özpolat als Sprecher des Arbeitskreises Migration im SoVD-Kreisverband übernommen.

Özpolat setzt zunächst auf eine breite Kontaktaufnahme: „Mir kommt es darauf an, nicht am Bedarf vorbei zu organisieren.“

Viele Migranten haben über die Sozialberatung

erste gute Erfahrungen mit dem SoVD gemacht. Darauf will Özpolat jetzt aufbauen. Dazu besucht er zum Beispiel Einrichtungen wie das Alevitische Kulturzentrum Osnabrück, um den SoVD dort als gesellschaftlich engagierten Verband vorzustellen.

Anfang April soll eine erste offene Zusammenkunft in Osnabrück folgen, die Interessierte zu einem Gespräch zusammenführt.

Rente**Beratung per Telefon**

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet eine offene soziale Rechtsberatung. Am Mittwoch, 17. April 2019 können sich Interessierte zwischen 18 und 20 Uhr unter der Telefonnummer 0531/2444116 über die Themen Altersrente und Erwerbsminderungsrente informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte für die gesetzliche Rentenversicherung und Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, die Fragen der Anrufer beantworten. Die spannendsten Gespräche dieser Telefonberatung werden am Freitag, 3. Mai 2019 von 14 bis 15 Uhr in der Sendung „SoVD-Regional“ auf Radio Okerwelle 104,6 ausgestrahlt – selbstverständlich ohne Namensnennung der Anrufer. Außerhalb der Region Braunschweig kann die Sendung im Internet-Livestream unter www.okerwelle.de verfolgt werden.

Die offene Telefonberatung soll künftig alle drei Monate zu verschiedenen Schwerpunktthemen stattfinden.

Weil Ihre Zukunft Vertrauen braucht.**Patientenverfügung/ Vorsorgevollmacht.**

Beratung nah dran.
Professionell. Persönlich.
Rechtsverbindlich.



SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31 | 30159 Hannover
Tel.: 0511/70148-37 | info@sovd-nds.de | www.sovd-nds.de



Sie haben nur mal eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragdenSoVD. Dabei sein ist ganz einfach: Fügen Sie die Nummer 0511/65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage über WhatsApp. Bei den monatlichen Terminen beantworten Sozialberater Fragen rund um die Themen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Gleich vormerken: Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Donnerstag, 25. April 2019 von 17 bis 18 Uhr statt. Foto: Stefanie Jäkel

Impressum

SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstr. 31, 30159 Hannover
Tel.: (0511) 70 148 0
Fax: (0511) 70 148 70
www.sovd-nds.de
E-Mail: presse@sovd-nds.de

Redaktion:
Christian Winter
Tel.: (0511) 70 148 54
Stefanie Jäkel (Leitung)
Tel.: (0511) 70 148 69

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel